

Informationspflicht gemäß DSGVO für Aufsichtsrat (Stand: Januar 2026)

Allgemeine Hinweise zu den Informationspflichten
Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). In diesem Dokument geben wir Ihnen Auskunft über die wichtigsten Aspekte der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen Ihrer Kandidatur bzw. Tätigkeit als Aufsichtsrat der SVG Wohnen eG.
1. Identität des Verantwortlichen
1.1. Name des Verantwortlichen
SVG Wohnen eG
1.2. Vorstand
Thomas Herbst Robert an der Brügge
1.3. Anschrift des Verantwortlichen/Kontaktdaten
Regerstraße 17 70195 Stuttgart (Botnang) Telefon: 0711 69783-0 E-Mail: info@svg-eq.de
2. Datenschutzbeauftragter
Externer Datenschutzbeauftragter bestellt über WTS Wohnungswirtschaftliche Treuhand Stuttgart GmbH Hohe Straße 16 70174 Stuttgart Telefon: 0711 16345-401 E-Mail: dsb-wts@wts-vbw.de
3. Zweckbestimmungen der Datenerhebung, -verarbeitung oder -nutzung sowie Rechtsgrundlagen
▪ Zwecke: - Aufsichtsratswahlen - Meldeverfahren bei Amtsantritt bzw. Ausscheiden - Verwaltung der Aufsichtsrats Tätigkeit (inkl. Vergütung, Seminarteilnahmen) - Vorstellung auf der Homepage (inkl. Verwendung von Bildern) - Nutzung Datenaustauschplattform (Zugriff auf Dokumente des Aufsichtsrats) - Nutzung WLAN ▪ Rechtsgrundlage: EstG, AO, Satzung, GenG, KWG, DSGVO, BDSG
4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen die Daten mitgeteilt werden können
▪ Interne Empfänger - Mitarbeiter Buchhaltung - Vorstandassistenten

▪ Externe Empfänger

- Mitglieder der Vertreterversammlung
- IT-Dienstleister bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z.B. externe IT-Administration, ERP-Systemhersteller etc.)
- Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater
- Rechtsanwälte und Organe der Rechtspflege
- Kreditinstitute
- Sonstige Dienstleister (z.B. Aktenvernichtung)

▪ Ämter und Behörden

- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
- Deutsche Bundesbank
- Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
- Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
- Gerichte

5. Regelfristen für die Löschung der Daten

Die Aufbewahrungszeiträume für die Daten resultieren aus gesetzlichen Vorgaben. Vorgaben resultieren u.a. aus dem Steuerrecht, wonach entsprechende Daten 10 Jahre aufzubewahren sind. Die Löschung wird nach Ablauf der Fristen zeitnah vorgenommen.

6. Datenübermittlung in Drittstaaten

Eine Übermittlung in Drittländer oder an internationale Organisationen liegt nicht vor.

7. Betroffenenrechte

Betroffene Personen haben ein Recht auf (siehe auch Art. 15, 16, 17, 18, 20, 21 DSGVO):

- Auskunft über ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- Berichtigung der hinterlegten personenbezogenen Daten
- Löschung nicht mehr benötigter Daten
- Einschränkung der Nutzung der Daten
- Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- Datenübertragbarkeit

Einer Verarbeitung, die auf einer Einwilligung beruht, kann jederzeit widersprochen werden.

Bitte richten Sie Anfragen bzgl. Wahrung / Umsetzung Ihrer Rechte an info@svg-eg.de

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.

Beschwerden richten Sie bitte an:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg Heilbronner Straße 35 70191 Stuttgart E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de
9. Weitere Quellen für personenbezogene Daten (Art. 14 DSGVO)
Nicht gegeben.
10. Informationen bzgl. der Bereitstellung der personenbezogenen Daten
Sämtliche Daten, welche der SVG Wohnen eG bereitgestellt werden, sind gemäß der aufgezählten Zwecke (siehe 3.) erforderlich. Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten der Betroffenen begründet sich dabei auf den genannten (siehe ebenso 3.) gesetzlichen Vorschriften.
11. Automatische Entscheidungsfindung (§ 13 Abs. 2f DSGVO)
Eine automatisierte Entscheidungsfindung erfolgt nicht.